

Atompolitik

Die Bundesregierung zweifelt am Atomwaffenverbotsvertrag

Die Bundesregierung hält den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen für nicht geeignet, „das von ihr angestrebte Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt tatsächlich und in nachprüfbarer Weise zu erreichen“. Keiner der Nuklearwaffenstaaten, auf deren Mitwirkung es bei einer an echtem Fortschritt orientierten nuklearen Abrüstung in erster Linie ankomme, habe sich an den Verhandlungen beteiligt, schreibt die Bundesregierung in der Antwort (19/1779) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Der Vertrag drohe zudem dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und den mit ihm verbundenen Kontrollregime zur Verhinderung nuklearer Proliferation nachhaltigen Schaden zuzufügen, sowie das globale Nonproliferations- und Abrüstungsregime zu gefährden. „Die Besorgnis der Bundesregierung gilt insbesondere der wichtigen Frage der Verifikation der Umsetzung eines sogenannten Atomwaffenverbots, deren Regelung im Verbotungsvertrag aus ihrer Sicht hinter die geltenden Verifikationsstandards der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und der NVV-Vertragsstaaten zurückfällt.“ Nukleare Abrüstung und das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen könnten und dürften zudem nicht losgelöst von der sicherheitspolitischen Realität sowie den bündnispolitischen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der Nato, zu denen sie uneingeschränkt stehe, betrachtet werden, meint die Bundesregierung.

Bundestagsdrucksache 19/1779 v. 20.04.2018,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/017/1901779.pdf> ●

Atom Müll

Loccumer Protokoll

Vom 1. Bis 3. Juni 2018 kamen, wie das in der evangelischen Akademie Loccum gewollt ist, rund 70 Menschen zusammen, aus Behörden, aus Beratungsbüros, ehemalige Mitglieder der Endlagerkommission, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der „Zivilgesellschaft“, wie die Aktivist*innen aus Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden heute heißen. Ihr Thema: „Atom Müll-Lager: Die große Suche... Endlagersuche, Zwischenlagerung und Öffentlichkeitsbeteiligung“.

Los geht die Endlagersuche mit dem Sammeln von Daten, wie es das Standortauswahlgesetz (StandAG) vorgibt: Zuerst werden Ausschlussgebiete identifiziert, dann die Mindestanforderungen an ein tiefeingeologisches Endlager formuliert, bis es dann in etwa zwei Jahren wirklich wieder spannende wird, weil dann mögliche Standortregionen für eine übertägige Untersuchung ausgewiesen werden. Soll und kann man bis dahin also die Beine hochlegen? Oder beginnt „Transparenz“ schon „ab sofort“?

Bisher haben auf Bitten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) 65 Behörden 600.000 Datensätze geliefert, auf den ersten Blick scheint das immens. Die meisten Daten sind Bohrungen und die Wissenslücken sind weiterhin riesengroß, weil die Daten von Firmen, die nach Gas oder Erdöl gebohrt haben, bisher nicht erfasst werden konnten. Dazu braucht es ein „Geowissenschaftsdatengesetz“, das in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zwar vorbereitet wurde, doch bisher ist die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes nicht in Sicht und das hat natürlich zur Folge, dass nie-

mand mehr davon ausgeht, dass tatsächlich 2020 prospektive Endlagerregionen ausgewiesen werden.

Zwei wichtige Gründe gibt es aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), sich sofort um diese Vorgänge zu kümmern und sich einzumischen.

Der eine Grund liegt darin begründet, dass das StandAG in der Phase der Sammlung von Geo-Daten keine Mitwirkung der Zivilgesellschaft vorsieht, allein geologische Landesämter, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und zur Not noch wissenschaftliche Einrichtungen sind befugt, ihr Wissen zusammenzutragen. Bei dem Versuch, auf Tiefbohrungen im Raum Gorleben zu verweisen, die aus der Zeit des Kalifiebers stammen, biss die BI bisher auf Granit oder, wie im Fall Gorleben, auf Salz. Denn dort wurden während der Zeit des Kalifiebers vor rund 100 Jahren acht Tiefbohrungen niedergebracht und davon drei nicht oder unsachgemäß verschlossen. Das Kartenmaterial liegt vor. 150 (!) hydrogeologische Bohrungen durchlöcheren das Deckgebirge in den 1960er Jahren, als nach Süßwasserreservoir für den Raum Hamburg gesucht wurde, einige Bohrungen gingen bis zu 600 Meter tief, hinein in den Salzstock. Auf der anderen Elbseite wurde zu DDR-Zeiten nach Gas gesucht, die Tiefbohrungen reichten in den Salzstock Gorleben-Rambow hinein. Der Salzstock ist also verritzt.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Behauptung, dass das StandAG endlich ein faires, wissenschaftsbasiertes Suchverfahren ermögliche. Verschwiegen wird dabei, dass die Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien politisch ausgehandelt wurden, sie sind vornehmlich ein politischer Kompromiss, der darauf zielte, Gorleben im Spiel zu halten. Denn ein wasserdurch-

lässiges Deckgebirge ist demnach kein Ausschlusskriterium, und von glazialen Ereignissen, von denen künftig weite Teile Norddeutschland betroffen sein werden, liest man nur am Rande.

Immerhin fanden auf Drängen der BI am Ende der Tagung drei Männer zueinander: Stefan Birkner (FDP), Stefan Wenzel (Grüne) und Frank Doods (SPD). Alle drei sind oder waren niedersächsische Umweltschaftssekretäre bzw. -minister und sie versprachen, sich bei einem Voelkel-Bio-Zisch zusammenzusetzen und auszuloten, wie eine aktive niedersächsische Rolle bei der Endlagersuche aussehen kann.

Wolfgang Ehmke ●

Atom Müll

ASKETA-Gemeinden auf dem Holzweg

Bürgermeister der Gemeinden, an denen Atomkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen betrieben wurden und noch werden, möchten bei der Endlagersuche mitreden. An vielen dieser Standorte wurden Zwischenlager errichtet, die vermutlich weitaus länger als gedacht betrieben werden müssen, weil niemand damit rechnet, dass 2050 ein Endlager für wärmeentwickelnde Atomabfälle betriebsbereit ist. Die Bürgermeister fühlen sich zudem schlecht informiert und streben deshalb einen Platz im Nationalen Begleitgremium (NBG) an.

„Dann sollten sie auch die Chance nutzen, wie es die Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände tun, und die Tagungen des NBG besuchen“, meint man in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Dieses Gremium sei das Bindeglied zwischen der interessierten Öffentlichkeit, Behörden